

ÖDP 2016 – Infofibel zum Humanökologischen Grundeinkommen

2016

Grundeinkommen für Mensch und Umwelt

Herausgeber: Bundesarbeitskreis „Humanökologisches Grundeinkommen“ der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP)

Redaktion:

1. BAK-Vorsitzender (Johannes Stirnberg): 0171-1972194

2. BAK-Vorsitzender (Norbert Peter): 0179-5085916

Delegierter in die BPK (Kurt Rieder): 0160-96998053

Version 09.11.2016

Das humanökologische Grundeinkommen

Inhalt:

Einleitung – Gutes Leben für alle.....	3
Teil I Grundeinkommen – Definition und Argumente.....	4
1. Wesentliche Merkmale	4
1.1 Definition gemäß „Netzwerk Grundeinkommen“	4
1.2 Die humanökologische Dimension	4
1.3 Die Finanzierung.....	4
2. Gute Gründe für ein Grundeinkommen.....	5
2.1 Freiheit für jeden Einzelnen – Selbstbestimmt leben	5
2.2 Positive Wirkungen für die Gesellschaft	6
3. Gute Gründe speziell für die ÖDP.....	8
3.1 Gutes Leben für alle	8
3.1.1 Reduktion der Leistungsfixierung.....	8
3.1.2 Anerkennung eines positiven Menschenbilds.....	9
3.2 Mensch vor Profit – Grundeinkommen als Wegbereiter der Gemeinwohlökonomie.....	9
3.3 Grundeinkommen als Voraussetzung einer Post-Wachstumsökonomie.....	9
3.4 Keine Notwendigkeit, unsinnige oder schädliche Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten ...	10
3.5 Grundeinkommen mitgestalten	10
3.6 Humanökologisches Grundeinkommen als Alleinstellungsmerkmal im Wahlkampf	10
3.7 Humanökologisches Grundeinkommen zieht junge Wähler an.....	10
4. Häufig gestellte kritische Fragen	11
Teil II Vertiefende Informationen.....	14
1. Zu den wesentlichen Merkmalen	14
1.1 Zur Definition des Netzwerks Grundeinkommen.....	14
1.1.1 Definition „Politische Gemeinschaft“	14
1.1.2 Definition „Mitglied“	14
1.1.3 Existenz- und teilhabesichernd – Zur Höhe des Grundeinkommens	14
1.1.4 Zur Bedingungslosigkeit bei jungen Erwachsenen	15
1.2 Zur Finanzierung.....	16
2. Zu den guten Gründen für die ÖDP.....	17

2.1 Der nötige Bewusstseinswandel	17
2.2 Suffizienz	17
3. Wege zur Einführung des Grundeinkommens	18
3.1 Notwendige Begleitmaßnahmen	18
3.2 Denkbare Übergangslösungen	19
3.2.1 Aufbau eines Finanzierungspuffers	19
3.2.2 Zeitlich gestaffelte Einführung	19
3.2.3 Einführung nach Bevölkerungsgruppen	19
4. Fazit und Ausblick	20
Literaturhinweise und Links	21



Einleitung – Gutes Leben für alle

Dieses Motto steht als höchstes Ziel am Anfang und über der gesamten Programmatik der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die vorliegende Fibel will darüber informieren, wie uns das humanökologische Grundeinkommen diesem Ziel ein entscheidendes Stück näher bringen kann.

Der extrem ungleich verteilte Zugang zu existenznotwendigen Lebensmitteln bzw. zu Geld scheint seit Jahrtausenden unüberwindbar zu sein und mehr noch: er wird zur Rechtfertigung der Herrschaft von Menschen über Menschen benutzt. Wer Zugang zu ausreichend Geld hat, kann nicht nur über sein eigenes Leben, sondern auch über das Anderer bestimmen, die im Kampf ums tägliche Überleben nur begrenzt Selbstbestimmung erfahren. Wurde das früher mit dem Geburtsrecht des Adels begründet, so muss heute vor allem das Leistungsprinzip dafür herhalten: Teilhabe gibt es nur gegen eine bezahlte Leistung oder allenfalls als Almosen.

Zum ersten Mal in der Geschichte haben wir heute mit dem Instrument „Grundeinkommen“ die Möglichkeit, hier einen gewissen Ausgleich zu schaffen – mehr noch: alle Menschen von den Zwängen und Ängsten um das bloße Überleben zu befreien, um ihnen ein schöpferisches Leben zu ermöglichen. Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Ein Grundeinkommen sichert diese nicht nur theoretisch, sondern durch die materielle Unabhängigkeit auch in der Realität ab.

Gleichzeitig rückt es die Endlichkeit der Ressourcen, die „der blaue Planet Erde“ uns und den nachfolgenden Generationen zur Verfügung stellt, in den Fokus. Dies geschieht durch die Art der Finanzierung des Grundeinkommens (Ökosteuern), vor allem aber auch durch die Befreiung von andauerndem Wachstumszwang.

Teil I der Fibel soll einen Einstieg in das Thema ermöglichen, während in Teil II einige Aspekte vertieft und weitere Gedanken, Argumente und Fragen besprochen werden.

Teil I

Grundeinkommen – Definition und Argumente

1. Wesentliche Merkmale

1.1 Definition gemäß „Netzwerk Grundeinkommen“

Das Grundeinkommen ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt und folgende Kriterien erfüllt:

Individuell garantiert – ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Zwang zur Arbeit

Es besteht ein individueller Rechtsanspruch jedes Menschen von der Geburt bis zum Lebensende, unabhängig von Familienstand und Lebensform, von Einkommen und Vermögen, oder von der Ausübung einer bezahlten Erwerbsarbeit.

Existenz- und teilhabesichernd

Es soll der Höhe nach die Existenz sichern und eine Basis-Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Für den Bundesarbeitskreis bilden diese Kriterien ebenfalls den Ausgangspunkt. Er sieht das Grundeinkommen aber auch als Mittel zum Zweck, unsere Gesellschaft als offene und freie Gesellschaft zukunftstauglich zu machen. Deshalb erscheint es notwendig, zum einen ökologische und lebensstilrelevante Umdenkprozesse, wie sie die ÖDP schon lange anmahnt, damit zu verbinden, und zum anderen dieses Grundrecht ähnlich wie z.B. das Wahlrecht an gewisse Voraussetzungen zu knüpfen.

1.2 Die humanökologische Dimension

Unser Leben ist hektisch geworden. Von der Wiege bis zur Bahre wird die Leistungsgesellschaft als das Non-plus-Ultra propagiert. Immer mehr Menschen kommen damit nicht mehr klar. Die Zahl der psychischen Erkrankungen steigt ebenso wie das Aggressionsverhalten, die Radikalisierung, die allgemeine Unzufriedenheit und das Empfinden von individueller Machtlosigkeit und „Abgehängt-Sein“. Ein Grundeinkommen trägt in diesem Kontext zu einer deutlichen Entschleunigung und damit Vermeidung vieler dieser Folgeerscheinungen bei. Daneben verfolgt das Grundeinkommen weitere Ziele wie die Befreiung von Armut und der Angst davor, die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens und den Wegfall der teilweise menschenunwürdigen Grundsicherungssysteme.

Primärer Zweck ist somit die Existenzsicherung und die damit verbundene Lebens-Gelassenheit und nicht die Lösung der Gerechtigkeitsfrage. Gleichwohl enthält das hier vorgeschlagene Finanzierungs-konzept auch gerechtigkeitsorientierte Bausteine.

Sinnvoll und notwendig ist die Ergänzung um ökologische Aspekte, die sich vor allem in unserem Finanzierungsmodell niederschlägt.

1.3 Die Finanzierung

Unsere moderne Wirtschaft ist hoch produktiv und versorgt uns täglich mit mehr Gütern und Dienstleistungen, als wir konsumieren können. Von daher liegt es nahe, dass die Existenzsicherung und

Teilhabe eines jeden Mitgliedes unserer Gesellschaft kein grundsätzliches Problem darstellt, sondern es vielmehr um die Frage der Verteilung geht.

Die Finanzierung des humanökologischen Grundeinkommens setzt sich idealerweise aus verschiedenen Bausteinen zusammen:

Ökosteuern

Wie in anderen Ansätzen soll auch im hier vorgestellten Konzept die Finanzierung hauptsächlich aus Steuermitteln erfolgen. Allerdings gehen diese Modelle oft undifferenziert von einer Erhöhung klassischer Steuern wie der Einkommen- und/oder Mehrwertsteuer aus. Beim humanökologischen Ansatz erfolgt die Finanzierung zu einem großen Teil durch neue und höhere Steuern auf Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Schadstoffemissionen – eine ökologische Steuerreform zum Schutz der Umwelt, wie sie die ÖDP seit langem fordert. Damit soll eine bewusste Lenkungswirkung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise erzielt werden.

Weitere Bausteine

Ein wesentlicher Teil des Bedarfs (gut 25%) ist schon durch die wegfallenden Sozialleistungen und der damit verbundenen Bürokratie abgedeckt. Weitere Einsparungen werden sich durch die Reduzierung stressbedingter Gesundheitskosten ergeben. Darüber hinaus gibt es ein Bündel weiterer möglicher Quellen wie das konsequente Schließen von Steuerschlupflöchern, die Einführung von Finanztransaktionssteuern, die Abschaffung der Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge und deren Versteuerung mit dem individuellen Einkommensteuersatz oder die Erhöhung der Spitzensteuersätze.

Keine Finanzierung durch Wachstum

In vielen Modellen wird unterstellt oder sogar erhofft, dass die Einführung eines Grundeinkommens zu einem starken Wachstumsschub mit entsprechenden Mehreinnahmen der klassischen Steuern führt, die dann wieder zur Finanzierung des Grundeinkommens verwendet werden können. In Übereinstimmung mit dem ÖDP-Ziel einer Postwachstumsökonomie ist dieser Effekt im humanökologischen Konzept weder gewünscht noch eingeplant.

2. Gute Gründe für ein Grundeinkommen

2.1 Freiheit für jeden Einzelnen – Selbstbestimmt leben

Ein sicheres und auf Dauer angelegtes Grundeinkommen ermöglicht den Menschen ein hohes Maß an Freiheit und Selbstbestimmung. Dieses wird nahezu alle Lebensbereiche positiv beeinflussen. Hier seien beispielhaft nur einige wenige Punkte genannt.

Grundeinkommen stärkt Familien

Die Entscheidung, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, ist oft mit großen finanziellen Herausforderungen verbunden. Ein Grundeinkommen gibt die Sicherheit, gut für die Kinder sorgen zu können und ihnen eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Und es verschafft Eltern die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, ob und wie lange sie die Kinder selber erziehen oder in eine KiTa oder ähnliches geben wollen. Auch bleibt durch die dann mögliche Umwandlung von Voll- in Teilzeiterwerbsarbeit mehr Zeit für Familie und Nachbarschaftspflege.

Bildungs- und Entwicklungschancen für alle

Für alle Kinder schafft das Grundeinkommen Möglichkeiten, neben der Schule ergänzend Nachhilfeunterricht zu nehmen, ein Instrument zu lernen, Hobbies zu entdecken und auszuüben. Das stärkt

das wichtige Gefühl, „dazu“ zu gehören und Zeit zur individuellen Entfaltung der Persönlichkeit zu haben. Im Gegensatz zum jetzigen System bezieht es nicht nur Kinder aus „Grundsicherungsfamilien“ mit ein, sondern aus allen Elternhäusern, gerade auch aus denjenigen Familien, die trotz Arbeit nur knapp über dem Existenzminimum liegen.

Bewusstere Entscheidung für den beruflichen Weg

Die Berufswahl wird heute sehr stark davon beeinflusst, welche Einkommensmöglichkeiten und welche Sicherheiten ein Beruf bietet. Das Wissen um eine gesicherte Existenzgrundlage kann dazu führen, dass bei dieser Entscheidung die persönlichen Fähigkeiten und Neigungen eine größere Rolle spielen und so das eigene Potenzial besser zur Entfaltung kommen kann. Derzeit sind viele Jugendliche gezwungen, direkt nach Erfüllung der Schulpflicht eine Ausbildung zu beginnen, da ihre Familie ihnen aus finanziellen Gründen keine weitere Bildung ermöglichen kann. Mit einem Grundeinkommen wird dieser Druck von den Jugendlichen genommen, sodass diese zumindest die Chance haben, weiter zur Schule zu gehen und damit den Aufstieg in die Wissensgesellschaft zu schaffen.

Flexiblere Arbeitszeiten

Wenn die Existenz gesichert ist, kann die Arbeitszeit generell verkürzt werden, weil kein so hoher Erwerbsverdienst mehr nötig ist, aber auch weil der Druck geringer wird, zu Gunsten der Karriere immer „Vollgas“ geben zu müssen. Dies schafft den Menschen Raum, die Erwerbsarbeit mit anderen Bedürfnissen wie Bildung, Muße, bürgerschaftlichem Engagement usw. zu kombinieren.

Zeit für Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger, kranker und älterer Menschen

Die demografische Entwicklung lässt vermuten, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in den nächsten Jahrzehnten dramatisch ansteigen und das System der gesetzlichen Pflegeversicherung völlig überfordern wird. Das Grundeinkommen schafft die Basis dafür, dass sich Familienmitglieder oder Freunde die Zeit nehmen können, sich um ihre Lieben zu kümmern.

Ermütigung zur Existenzgründung

Ein Grundeinkommen verhilft viel mehr kreativen unternehmerischen Ideen zur Umsetzung und fördert damit Innovationen. Es ist nicht nur die Angst ums wirtschaftliche Überleben in der Gründungsphase, die Existenzgründer lähmen kann, sondern auch die Sorge, ob das Unternehmen jemals genug Gewinn erwirtschaftet, um auch noch eine gute Altersvorsorge aufzubauen. Beide Ängste mindert das Grundeinkommen erheblich.

Selbstbestimmt in Rente

Mit dem Grundeinkommen wäre die Diskussion um das richtige Alter für den Rentenbeginn obsolet. Da es das Existenzminimum und die Teilhabe auch im Rentenalter sichert, kann jeder frei entscheiden, ob und wann er „in Rente“ geht.

2.2 Positive Wirkungen für die Gesellschaft

Sicherung des sozialen Friedens

Selbst in wirtschaftlich starken Zeiten leben in unserer Gesellschaft Millionen von Menschen an oder unterhalb der Armutsgrenze, oft ohne echte Perspektive auf Verbesserung. Dies gilt auch für viele Menschen, die arbeiten. Gleichzeitig nimmt die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen immer extremere Ausmaße an. Hinzu kommt die Angst vieler Menschen, dass sich durch die vielen Flüchtlinge ihre wirtschaftliche Situation weiter verschlechtert. Nicht nur viele Hartz-IV-Empfänger fühlen sich auch deshalb abgehängt und haben „dem Staat schon gekündigt“¹. Es baut sich eine Wut

¹ SZ vom 28.9.2016 – Artikel „Ich würde zuschlagen, wenn ich könnte“

gegen „das System“ und „die da oben“ auf, die sich durch Protestwahlen und – besonders in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten - durchaus in Gewaltausbrüchen Ausdruck verleihen kann. Ein Grundeinkommen beugt diesen Entwicklungen auf vielfältige Weise vor und fördert dauerhaften sozialen Frieden.

Brandschutz statt Feuerwehr – proaktive Politik

Mit der demografischen Entwicklung, den drohenden Arbeitsplatzverlusten durch weiter steigende Digitalisierung, Automatisierung und Rationalisierung (z.B. „Industrie 4.0“) und mit weiteren durch militärische Konflikte, Klimawandel und verfehlte Entwicklungspolitik verursachte Fluchtbewegungen kommen dramatische Veränderungen auf unsere Gesellschaft zu. Ein sicheres Grundeinkommen mildert nicht nur proaktiv die negativen Auswirkungen ab, sondern nimmt schon im Vorfeld den Bürgern die Angst vor Veränderungen.

Schaffung eines menschenwürdigen, gerechten und motivierenden Sozialsystems

Unser bestehendes Sozialsystem ist mit seinen über 220 verschiedenen Leistungen hoch komplex und nicht zuletzt durch den nötigen Behörden- und Justizapparat extrem teuer und ineffizient. Dass aufgrund der Komplexität, des äußerst anspruchsvollen Bürokratismus und der oft entwürdigenden Antragsverfahren es nur die wenigsten schaffen, die ihnen zustehenden Leistungen auch zu nutzen, macht es außerdem äußerst ungerecht². Ein Grundeinkommen macht die meisten Sozialleistungen und die damit verbundene Bürokratie überflüssig. Unsere Gesellschaft wird nicht nur durch die damit verbundenen Einsparungen profitieren, sondern auch aus der höheren Leistungsbereitschaft von bisherigen Sozialleistungsempfängern: Denn anders als im bestehenden System werden zusätzliche Arbeitseinkünfte nicht auf das Grundeinkommen angerechnet.

Entlastung kommunaler Haushalte

Da das Grundeinkommen eine bundeseinheitliche Leistung ist und aus einem Bundestopf gezahlt wird, entlastet es die stark gebeutelten, teilweise sich in Haushaltssicherung befindlichen kommunalen Haushalte durch konsequente Reduzierung von kommunalen sozialen Sicherungsleistungen. So wendeten die Kommunen in NRW im Jahr 2014 durchschnittlich bereits 43% ihrer Ausgaben für Sozialtransferkosten auf, Tendenz kontinuierlich steigend.

Stärkung ländlicher Regionen

Das Grundeinkommen wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ausbezahlt, daher fällt es für jeden gleich hoch aus, also auch unabhängig von den jeweiligen Lebenshaltungskosten. Diese Kosten, insbesondere für Miete und Wohnen, sind in den ländlichen Regionen deutlich niedriger bzw. die Kaufkraft des Grundeinkommens ist dort deutlich höher. Das kann Menschen motivieren, in diesen Regionen zu bleiben oder aus den Städten dorthin umzusiedeln. Da mit dem Grundeinkommen immer auch eine gewisse Kaufkraft einhergeht, stärkt dies auch die lokale Wirtschaft.

Glättung von Konjunkturschwankungen

Konjunkturschwankungen werden durch verändertes Konsumverhalten der Verbraucher ausgelöst oder zumindest verstärkt. Der Konsum wiederum ist stark abhängig vom Vertrauen der Menschen in wirtschaftliche Sicherheit und Entwicklung. Das Grundeinkommen bewirkt, dass diese Schwankungen deutlich geringer ausfallen, weil das Vertrauen in die wirtschaftliche Existenz immer gegeben ist.

Verbesserung des Datenschutzes

Datenschutz fängt damit an, möglichst wenige sensible persönliche Daten zu sammeln, zu speichern und weiter zu geben. Die Anwendung unseres bisherigen Sozialsystems mit Prüfung der Anspruchs-

² Siehe Franz Segbers: Wie Armut in Deutschland die Menschenrechte verletzt.

voraussetzungen und der Vorrangigkeit macht es jedoch nötig, dass unsere Behörden oft bis ins kleinste Detail alles über ihre Antragsteller und deren Angehörige erfahren. Wenn es keine Anspruchsvoraussetzungen für ein Grundeinkommen mehr gibt, entfällt auch die Notwendigkeit dieser extremen Datenansammlungen.

Vermeidung von Gesundheitskosten

Armut und Existenzangst machen krank. Davon betroffen sind gleichermaßen diejenigen, die schon arm sind, als auch diejenigen, die (noch) in Lohn und Brot sind und aus Angst vor Arbeitsplatzverlust oder aus Karrieregründen unter Dauerstress stehen. Das Grundeinkommen beseitigt Armut, mindert Existenzangst, entschleunigt das Leben z.B. durch mehr Teilzeitarbeit, stärkt so die Gesundheit der Bevölkerung und reduziert damit entsprechende Krankheitskosten.

Verringerung von Kriminalität

Das Grundeinkommen kann auf verschiedene Weise zur Verringerung von Kriminalität beitragen. Zum einen wird die Kriminalität zurückgehen, die aus schierer wirtschaftlicher Not begangen wird. Zum anderen kann die Tatsache, dass die Gesellschaft ohne Wenn und Aber die Existenz jedes einzelnen sichert, zu einer stärkeren Identifikation mit ihr führen, so dass man ihr nicht mehr so leicht Schaden zufügen kann. Wut, Hass und Angst zeigen sich nur allzu oft in Gewaltausbrüchen. Und soweit diese auf materielle Unsicherheit und gefühlte Ungerechtigkeit zurück zu führen sind, ist davon auszugehen, dass diese mit Einführung eines Grundeinkommens spürbar zurückgehen.

3. Gute Gründe speziell für die ÖDP

3.1 Gutes Leben für alle

Dem Grundsatzprogramm der ÖDP ist als Leitbild das „gute Leben für alle“ vorangestellt. „Für alle“ bezieht sich dabei überregional auf die „Eine Welt“ als auch zeitlich auf gegenwärtige und künftige Generationen. Konsequenterweise weiter gedacht kann dieses „für alle“ aber auch heißen, dass man die vertraute Leistungsgerechtigkeit in Frage stellt und das „gute Leben“ auch denen ermöglicht, die nicht den gängigen oder auch den ÖDP-spezifischen Leistungskriterien (z.B. Erziehung und Pflege) entsprechen.

3.1.1 Reduktion der Leistungsfixierung

Mit dem Grundeinkommen treten wir bewusst einen Schritt von der übermäßigen Leistungsorientierung und deren höchst subjektiver Bewertung zurück zum Ausgangspunkt, dem „guten Leben für alle“. Es bewirkt eine notwendige Beschränkung der Vorstellung, man „verdient“ sich etwas. Das Verdienstkonzepkt und die Forderung nach Leistungsgerechtigkeit, wie sie im Teil II des Bundesparteiprogramms der ÖDP in guter Absicht, aber ohne Einsicht in den notwendigen Systemwechsel betont werden, sind in bestimmten Grenzen sinnvoll, jenseits eines gewissen Punkts werden sie ein unmenschliches Trugbild.

Das heißt, das Grundeinkommen verneint den Leistungsgedanken nicht, sondern es relativiert ihn. Es geht bei ihm ja nur um die Absicherung der Existenzgrundlagen, darüber hinaus wird Leistung nach wie vor auch finanziell belohnt werden, bei bisherigen Hartz-IV-Beziehern und sogenannten „Aufstockern“ sogar wesentlich mehr als jetzt, da das Arbeitseinkommen anders als bei Hartz IV nicht angerechnet wird. Lediglich das Verständnis von Leistung wird sich verschieben: Die Grundbedürfnisse des Menschen - und dazu gehört nicht nur das Atmen - müssen aus Gründen der Menschenwürde vom Leistungsprinzip frei bleiben.

3.1.2 Anerkennung eines positiven Menschenbilds

Manche unterstellen, dass wer arm ist, lediglich „kühl kalkuliert, ob es sich denn überhaupt lohnen würde zu arbeiten [...] Man müsse deshalb den Armen das Leben mit Sozialhilfe ungemütlich machen [...] Armut wird dabei den Armen selbst angelastet“³ – das Wirtschaftssystem kann dafür rein gar nichts, und die Sozialpolitik soll's richten. Aber „Tatsache ist, dass nahezu alle Erwerbslosen sich nichts sehnlicher wünschen als eine Arbeit, von der man leben kann. Sie sind sogar bereit, Arbeit zu jedem Preis zu übernehmen [...] über 1,2 Mio Menschen [...] arbeiten und benötigen doch Hartz IV, weil der Lohn ihrer Arbeit zum Leben nicht reicht“ (aaO.).

Das Grundeinkommen ist daran gemessen nichts weiter als die konsequente Umsetzung dieser Einsicht angesichts eines menschenunwürdigen Niedrigstlohnsystems und transportiert ein weitaus positiveres Menschenbild. Es führt weg von einer Wirtschaft, die nicht nur „tötet“, sondern lange vorher bereits viele Menschen deformiert, sie zu Handlungsweisen veranlasst und Denkweisen hervorbringt, die keineswegs ursprünglich in ihrer Persönlichkeitsstruktur verankert sind.

3.2 Mensch vor Profit – Grundeinkommen als Wegbereiter der Gemeinwohlökonomie

Die Idee des Grundeinkommens trägt auch das aktuelle Motto der ÖDP „Mensch vor Profit“ in sich. Es dient allen Menschen, insbesondere denen, die jetzt in Armut leben oder davon bedroht sind. Es würde – rein materiell betrachtet – zu Lasten derjenigen gehen, die bisher zugunsten hoher Profite Ressourcen und Energie vergeuden und die Umwelt zerstören. Hohe Einkommen und Vermögen werden zur Finanzierung mit herangezogen. Am Ende aber profitieren alle von den Wirkungen des Grundeinkommens, indem sie weiterhin in einem gesunden Staat frei, in Frieden und in einer intakten Umwelt leben.

Darüber hinaus ist das Grundeinkommen durch die Zielsetzung „Mensch vor Profit“ in der Lage, die Umsteuerung zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft, wie sie unter anderem im Art. 151 ff. der Bayerischen Verfassung formuliert ist, positiv zu unterstützen: eine Gemeinwohlökonomie kann auf einer Mehrzahl von deformierten Marktteilnehmern nicht errichtet werden, sie benötigt die Gelassenheit und das positive Zukunftsbild, die das Grundeinkommen für alle ermöglichen will.

3.3 Grundeinkommen als Voraussetzung einer Postwachstumsökonomie

Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen und unserer Verantwortung gegenüber dem gesamten Planeten und künftigen Generationen fordert die ÖDP zu Recht die Abkehr vom ewigen Wachstumsdogma und den Übergang zu einer Postwachstumsökonomie. Auch wenn sich auf lange Sicht immer mehr komplementäre Wirtschaftsformen wie Subsistenzwirtschaft, Tauschringe, Repair-Cafés, Job-Sharing usw. entwickeln, führt weniger Wachstum bei gleichzeitig weiter steigender Produktivität zunächst einmal zu mehr Arbeitslosigkeit. Ein sicheres Grundeinkommen nimmt den Betroffenen die Existenzangst und bildet das Fundament, auf dem sich die neuen Arbeits- und Kooperationsmodelle frei entwickeln können.

Die Abkehr von unserem weithin auf globaler Ausbeutung beruhenden Wohlstandsmodell fordert von uns allen, uns in einen Lebensstil viel stärkerer Suffizienz und Zufriedenheit mit dem, was wir aus unseren eigenen Quellen schöpfen können, einzuüben. Niemand kann voraussehen, welche Auswir-

³ F. Segbers, Wie Armut in Deutschland Menschenrechte verletzt, S. 68

kungen dies letztlich auf unsere Wirtschaft haben wird. Der notwendige Wandel wird jedoch mit einer an der Institution des Grundeinkommens geschulten Denkweise leichter fallen.

3.4 Keine Notwendigkeit, unsinnige oder schädliche Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten

Sowohl die Tagespolitik als auch das ÖDP-Programm geben der Schaffung von Arbeitsplätzen eine hohe Priorität. Im Vordergrund dürfte dabei jedoch neben der Selbstverwirklichung der Menschen durch Arbeit ihre Versorgung mit Arbeitseinkünften stehen. Welche absurden Blüten die Sicherung von Arbeitsplätzen treiben kann, zeigt z.B. die andauernde Subventionierung der Braun- und Steinkohle oder die Aufrechterhaltung einer Rüstungsindustrie „der Arbeitsplätze wegen“. Mit dem Grundeinkommen entfällt die materielle Notwendigkeit, Arbeitsplätze als Selbstzweck zu schaffen und/oder zu erhalten, was im Übrigen einen schnelleren Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise ermöglicht. Nur noch wirklich notwendige Arbeiten müssen getan werden.

3.5 Grundeinkommen mitgestalten

Das Grundeinkommen wird kommen – früher oder später, ob mit oder ohne Unterstützung durch die ÖDP. Dessen sind sich immer mehr Experten bewusst, die sich schon lange mit der Thematik beschäftigen und die Dynamik der Grundeinkommens-Bewegung beobachten. Die bereits genannten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen (z.B. Demografie, Industrie 4.0) werden so gravierend sein, dass es mit kosmetischen Reparaturen am bestehenden System nicht getan sein wird: wir brauchen keine weitere halbherzige Systemkorrektur, insbesondere keine neuen oder anderen Sozialleistungen, sondern einen System- und Bewusstseinswandel. Wenn sich die ÖDP das Grundeinkommen zu Eigen macht, ist sie in vorderster Reihe bei der Ausgestaltung dabei und kann ihr ihren humanökologischen Stempel aufdrücken.

3.6 Humanökologisches Grundeinkommen als Alleinstellungsmerkmal im Wahlkampf

Das Thema Grundeinkommen gewinnt politisch und gesellschaftlich immer mehr an Bedeutung. Eine wachsende Zahl an Menschen, so zeigen aktuelle Umfragen, unterstützt diese Idee und wünschen sich deren politische Umsetzung. Die Frage zum „Grundeinkommen“ wird bei der Bundestagswahl 2017 wieder als „Wahl-o-Mat-Frage“ aufgeführt werden.

Der Ansatz des humanökologischen Grundeinkommens des Arbeitskreises „höGE“ der ÖDP ist der derzeit ausgereifteste Vorschlag einer politischen Partei in Deutschland. Damit besteht für die ÖDP die herausragende Möglichkeit, sich bei den anstehenden Bundestagswahlen einer breiten Wählerschaft zu präsentieren und signifikante Wahlergebnisse zu erzielen.

3.7 Humanökologisches Grundeinkommen zieht junge Wähler an

Der ÖDP lastet ein veraltetes Image an, wodurch besonders junge Wähler abgeschreckt werden. Aber besonders für junge Bürger ist die Frage der ökologischen Gerechtigkeit ein zentrales Motiv, eine Partei zu wählen. Das Grundeinkommen würde eine ganz neue, starke Wählerschaft anziehen und die Modernisierung der ÖDP konsequent vorantreiben. Mit der Forderung eines humanökologischen Grundeinkommens zeigt die ÖDP der Bevölkerung, dass sie bereit ist für konstruktive Alternativen und Veränderungen!

4. Häufig gestellte kritische Fragen

Ein Grundeinkommen ist doch gar nicht finanzierbar!?

Immer dann, wenn von Finanzierbarkeit des Grundeinkommens gesprochen wird, so muss zunächst darauf aufmerksam gemacht werden, dass die immer mehr sichtbaren sozialen, globalen und ökologischen Verwerfungen mit dem jetzigen System garantiert nicht mehr finanzierbar sein werden. Deshalb muss jetzt umgesteuert werden, denn die Folgekosten bei Untätigkeit werden mit Sicherheit höher und die negativen Auswirkungen unermesslicher sein. Im Übrigen sei hier auf die Ausführungen zur Finanzierung weiter vorne verwiesen.

Wer geht denn noch arbeiten, wenn er nicht mehr muss?

1. Es werden diejenigen noch arbeiten, die ihren Job nicht nur machen, um damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sondern denen ihre Arbeit Spaß macht und/oder für sie neben dem Geld einen tieferen Sinn hat: weil sie zum Beispiel vom Forschergeist getrieben sind, gerne etwas bauen, gerne beraten, coachen oder heilen; weil sie sich gerne einbringen oder gern mit ihren Arbeitskollegen zusammen sind; oder weil sie die Anerkennung brauchen, die sie im Job erfahren können.
2. Weiterhin werden die arbeiten, denen ein existenzsicherndes Grundeinkommen nicht ausreicht, um den gewünschten Lebensstandard zu finanzieren. Sie werden vielleicht etwas kürzer treten, aber dieser Effekt wäre ja gewünscht. Im Übrigen ist es sehr attraktiv, zusätzlich zum Grundeinkommen erwerbstätig zu sein, weil der Verdienst nicht auf das Grundeinkommen angerechnet wird.
3. Und schließlich werden auch die Mitmenschen weiter arbeiten, die dies bisher schon ohne Bezahlung tun: in den Ehrenämtern, in Nachbarschaftshilfe, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, sozialem, ökologischem oder kulturellem Engagement und vieles mehr. Laut statistischem Bundesamt wendeten private Haushalte im Jahr 2013 für die unbezahlte Arbeit 35 % mehr an Zeit auf als für bezahlte Erwerbsarbeit.⁴
4. Nichts desto trotz ist davon auszugehen, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen, bei denen die obigen Kriterien nicht zutreffen, keine Beschäftigung finden, obwohl sie dies wünschen und deshalb die Gefahr der sozialen (nicht finanziellen) Ausgrenzung droht. Hier sind öffentliche Angebote gefragt, ihnen dabei zu helfen, Sinn stiftende Beschäftigungen auf freiwilliger Basis zu finden.
5. In einer unabhängigen Umfrage der "AG futureblog" am Institut für Politische Wissenschaften der RWTH Aachen gaben 55% der Befragten an, bei der Einführung eines Grundeinkommens weiterhin wie jetzt auch arbeiten zu wollen. Nur 5% gaben an, gar nicht mehr arbeiten gehen zu wollen. Ein Viertel der Befragten wolle weniger Stunden als bisher arbeiten und 12% würden mit einem Grundeinkommen etwas anderes als bisher arbeiten wollen. Diese Statistik widerlegt eindeutig, dass ein großer Teil der Bevölkerung aufhören würde zu arbeiten.⁵

Ein Volk von gelangweilten Nichtstuern – die Menschen sind noch nicht reif für ein selbstbestimmtes Leben!

Gewiss braucht es eine Eingewöhnungszeit, man kann Kühe, die jahrelang im Stall angekettet waren,

⁴ Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalte – Statistisches Bundesamt – WISTA – 2/2016

⁵ Quelle: <https://www.futureblog.ac/?p=80>

ja auch nicht von heute auf morgen auf die Weide stellen und sich selbst überlassen. Aber die Menschen werden sich schneller anpassen, als wir heute glauben, und Bildung wird im neuen System sehr wichtig sein.

Die jetzigen Hartz-IV-Empfänger haben doch dann gar keinen Anreiz mehr, sich um eine Arbeit zu bemühen und lassen es sich auf Kosten der Gesellschaft nur noch gut gehen!?

Es wird immer Menschen geben, die einfach nicht arbeiten wollen und den Anreiz, sich in die Gesellschaft einzubringen, nicht in sich verspüren. Die tun es auch jetzt schon nicht und lassen sich auch durch die teure Drangsal der Sozialbehörden nicht dazu bewegen. Denkbar ist trotzdem, dass dieser Druck bei einigen erfolgreich war, so dass sie dann doch irgendeinen ungeliebten Job angenommen haben und diesen mit Einführung eines Grundeinkommens wieder aufgeben. Umgekehrt ist jedoch auch denkbar, dass viele sich erst recht um eine Arbeit bemühen, wenn endlich der oft erniedrigende und belastende Druck sowie die Anrechnung auf Grundsicherung bei Aufnahme einer Erwerbsarbeit wegfällt und sie sich aus freien Stücken entscheiden können, zu tun, was sie wollen.⁶

Wer macht dann noch die Drecksarbeit?

Für ungeliebte Arbeiten wird es schwieriger werden, Arbeitskräfte zu finden. Dem wird man dadurch begegnen, dass man solche Arbeiten so weit wie möglich automatisiert oder – wo dies nicht möglich ist – entsprechend hohe finanzielle Anreize setzt. Für die Würde der Menschen, die solche Arbeiten verrichten, ist es von hoher Bedeutung, dass sie sie freiwillig tun und nicht aus reiner Existenznot heraus.

Ein leistungsloses Einkommen – das ist doch nicht gerecht!?

Diese Meinung kann man durchaus vertreten – falls man unter Gerechtigkeit in erster Linie Leistungsgerechtigkeit versteht. Jedoch muss man sich dann konsequenter Weise fragen, was mit Leistung eigentlich gemeint ist. Viele Bürger unseres Landes erbringen wertvolle Leistungen, für die sie nicht bezahlt werden, allen voran Mütter und Väter bei der Erziehung ihrer Kinder, Familien bei der Betreuung von Kranken und Senioren. Auch Hausarbeit leisten Frauen in stärkerem Maße - natürlich unentgeltlich. Wichtig sind auch die vielen Ehrenämter im Natur- und Tierschutz, im sozialen Bereich, bei der Integration von Flüchtlingen usw. Gleichzeitig erbringen viele Leute Arbeitsleistungen, auf die unsere Gesellschaft getrost verzichten könnte, wie z.B. die Produktion von Rüstungsgütern, das Spekulieren im Finanzsystem und vieles mehr, werden aber für diese „Leistungen“ teilweise fürstlich entlohnt. Und dann gestehen wir das leistungslose Einkommen doch bereits vielen Reichen zu, die allein von ihren Kapitalerträgen und Mieteinnahmen leben, vielfach ohne irgendwelche nennenswerten Leistungen.

Ein wirklich „leistungsgerechtes“ Einkommen für alle ist somit de facto unmöglich.

Wie verhindern wir Sozial-Zuwanderung?

Auch jetzt gibt es schon Regularien gegen den Missbrauch von Sozialleistungen durch Zuwanderer aus der EU. Welche Zu- oder Einwanderer wann Anspruch auf ein Grundeinkommen haben, wäre durch zusätzliche gesetzliche Regelungen zu definieren, die allerdings unabhängig von der Einführung eines Grundeinkommens notwendig werden (z.B. ein Einwanderungs- oder Einbürgerungsgesetz). Im Übrigen zieht jedes Wohlstandsgefälle Migranten an, weshalb die wirksamste Verhinderung von Sozial-Zuwanderung der Abbau dieses Gefälles ist. Auf europäischer Ebene würde zudem eine ohnehin wünschenswerte EU-weite Einführung des Grundeinkommens entsprechende Migration vermeiden.

⁶ Bestes Beispiel hierfür sind Unterhaltspflichtige, die im jetzigen System, wenn überhaupt, oftmals in illegaler Beschäftigung ihr „Heil“ suchen (allein in 2016 werden lt. dpa für Unterhaltsvorschüsse durch die Staatskasse voraussichtlich knapp 1 Mrd. € ausgegeben).

Wie lässt sich der Missbrauch des Kinder-Grundeinkommens verhindern?

Das Grundeinkommen für Kinder muss – in einem eventuell altersabhängig festzulegenden Prozentsatz – zwangsläufig an die Erziehungsberechtigten ausgezahlt werden, die es dann allerdings zum Wohle des Kindes verwenden müssen. Freilich wäre eine direkte Kontrolle der Verwendung sowohl rechtlich problematisch als auch praktisch unmöglich. Ein Missbrauch lässt sich daher von vorneherein nicht ausschließen, das gilt aber bereits auch für die jetzigen Sozialleistungen. Wichtig ist in jedem Fall, die bestehenden Gesetze zum Kinder- und Jugendschutz konsequent anzuwenden und diese bei Bedarf nachzubessern. Solange hier kein massenhafter Missbrauch feststellbar ist, sollte jedenfalls der Nutzen der finanziellen Absicherung der Kinder höher bewertet werden als dessen vereinzelter Missbrauch. Flankierend können zur Missbrauchsvermeidung auch verbesserte Angebote zur Elternbildung eingeführt werden und ein niederschwelliges Angebot der „Begleitung“ von Eltern, die von sich aus nicht zum Wohle ihrer Kinder handeln können.

Welchen Anreiz haben Familien noch, zu arbeiten, wenn sie schon durch die Summe der Grundeinkommen ein angenehmes Leben haben?

Das Grundeinkommen soll so bemessen sein, dass die wirtschaftliche Existenz und ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe für jede Einzelperson gesichert sind. Für Paare und Familien mit mehreren Kindern gibt es natürlich im Vergleich zu Einzelhaushalten Synergieeffekte. Dadurch können sich für sie finanzielle Spielräume ergeben, die über die reine Existenzsicherung hinaus gehen, aber sicherlich immer noch kein Luxusleben erlauben. Gleichwohl nimmt der finanzielle Anreiz, zu arbeiten, in diesen Fällen tendenziell ab. In einem gewissen Maß ist dies unter den Aspekten Entschleunigung und zunehmender Rückgang der verfügbaren Arbeitsplätze auch durchaus erwünscht. Abgesehen davon ist nicht davon auszugehen, dass Eltern generell zu Hause bleiben würden, denn Arbeit – auch Erwerbsarbeit – ist, wie bereits beschrieben, mehr als nur „Broterwerb“. Dies lässt sich im Übrigen auch jetzt schon bei Familien beobachten, bei denen eine Erwerbstätigkeit beider Partner wegen des guten Familieneinkommens aus finanziellen Gründen gar nicht nötig wäre.

Das Grundeinkommen ist doch eine sozialistische Idee, damit überholt die ÖDP die Grünen und die LINKE links!?

Solche Kategorisierungen taugen nicht mehr für die Anforderungen der Zukunft. Mit dem humanökologischen Grundeinkommen wird ja keineswegs das marktwirtschaftliche, leistungsorientierte Prinzip, zu dem auch das Privateigentum gehört, grundsätzlich in Frage gestellt. Es sorgt nur dafür, die schlimmsten Auswüchse dieses Systems auszugleichen und zu einem gewissen Grad persönliche Freiheit und Würde zu wahren.

Teil II Vertiefende Informationen

1. Zu den wesentlichen Merkmalen

1.1 Zur Definition des Netzwerks Grundeinkommen

„Das Grundeinkommen ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt und folgende vier Kriterien erfüllt.“ Dieser Satz sei nachfolgend näher erläutert:

1.1.1 Definition „Politische Gemeinschaft“

Die politische Gemeinschaft kann ein Land, eine Gruppe von Ländern mit gemeinsamem Wirtschafts- und Währungsraum oder im weitesten Sinne die gesamte Menschheit sein. Im ersten Schritt ist die Einführung eines Grundeinkommens auf nationaler Ebene wohl Herausforderung genug. Langfristig ist es jedoch erstrebenswert und sinnvoll, den politischen Raum möglichst weit zu definieren, um möglichst vielen und im Idealfall allen Menschen eine sichere und würdige Existenz zu ermöglichen. Ein nahe liegender Entwicklungsschritt nach der Einführung in Deutschland ist sicherlich die Übertragung auf den gesamten Euro-Raum. Langfristiges Ziel ist natürlich die weltweite Etablierung.

1.1.2 Definition „Mitglied“

Dass jedes Mitglied Anspruch auf ein Grundeinkommen haben soll, eröffnet ein weites Feld an Diskussionsthemen. Auch wenn von diesem Grundsatz auf keinen Fall abgewichen werden darf, wenn das Grundeinkommen seinen Sinn wirksam erfüllen soll, wird man ein einige Fragen klären müssen, von denen hier nur zwei beispielhaft angesprochen werden sollen.

So wird zu definieren sein, wann und wie jemand Mitglied der Gemeinschaft wird (Stichwort Zu- und Einwanderung) und wie lange man es bleibt. Was ist zum Beispiel mit dem deutschen Staatsbürger, der längere Zeit im Ausland lebt oder gar seinen gesamten Ruhestand dort verbringt? Fallen diese Menschen irgendwann aus der Gemeinschaft raus und wenn ja, wann?

Ein weiterer oft strittiger Punkt ist der, wie z.B. mit Kriminellen und Strafgefangenen umgegangen werden soll. Viele können sich nicht mit dem Gedanken anfreunden, dass jemand, der durch Steuerhinterziehung in Millionenhöhe den Staat geschädigt hat, von diesem weiterhin ein unbedingtes Grundeinkommen beziehen soll.

Auf Fragen dieser Art kann hier keine abschließende Antwort gegeben werden, vielmehr werden diese im politischen Willensbildungsprozess diskutiert und im Idealfall über wiederkehrende Volksabstimmungen zur Entscheidung gestellt werden müssen.

1.1.3 Existenz- und teilhabesichernd – Zur Höhe des Grundeinkommens

In welcher Höhe ein Einkommen als existenz- und teilhabesichernd empfunden wird, ist höchst subjektiv und unterschiedlich. Eine Möglichkeit, einen Konsens über eine angemessene Höhe zu finden, wäre sicherlich eine entsprechende wiederkehrende Volksabstimmung. Davon abgesehen kann man sich dieser Frage vorab aber auch annähern, indem man davon ausgeht, dass mit dem Grundein-

kommen zumindest Armut verhindert werden soll. Arm ist nach der Definition für Leben in Europa⁷, wer weniger als 60 % des Medians des Äquivalenzeinkommens⁸ zur Verfügung hat. Dieser lag lt. statistischem Bundesamt 2014 in Deutschland bei 19.733 €⁹, so dass sich mit 60 % davon eine Armutsgrenze für einen erwachsenen Single von rund 1.000 € monatlich ergibt¹⁰. Für Kinder ergibt sich nach der Berechnungslogik des Äquivalenzeinkommens eine Armutsgrenze von 300 € (unter 14 Jahren) bzw. 500 € (über 14 Jahren ergeben) monatlich.

Dabei ist die Idee des Grundeinkommens, dass es jeder Berechtigte in voller Höhe erhält, unabhängig von der Wohnsituation. Aufgrund von Synergieeffekten und entsprechenden Kosteneinsparungen kann es also für viele lohnend sein, als Paar oder Wohngemeinschaft zusammen zu leben. Das wirkt sich nicht nur auf den Wohnungsmarkt entlastend aus, sondern begünstigt auch die Möglichkeiten gegenseitiger Fürsorge und Pflege und wirkt der allgemeinen Versingelung der Gesellschaft positiv entgegen.

1.1.4 Zur Bedingungslosigkeit bei jungen Erwachsenen

Selbst unter den Befürwortern des Grundeinkommens gibt es Befürchtungen, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen junge Erwachsene nicht dazu verleiten könnte, sich damit zu begnügen und in den Tag hinein zu leben, ohne sich um eine schulische und berufliche Ausbildung zu bemühen und ihre Potenziale zu entfalten. Darauf ist die Gesellschaft jedoch angewiesen, wenn wichtige Gesellschafts- und Wirtschaftsfunktionen erhalten bleiben sollen und damit auch die Finanzierbarkeit eines existenzsichernden Grundeinkommens gewährleistet wird.

Dem kann zum Beispiel dadurch begegnet werden, dass alle jungen Erwachsenen nach der Schule zunächst ein „verpflichtendes Gemeinschaftsjahr“ mit sozialer oder ökologischer Ausrichtung oder auch im Militärdienst zu leisten haben. Und das volle Grundeinkommen erhalten sie erst, wenn sie daran anschließend eine mindestens 2-jährige Ausbildung absolviert haben. Gerade das praxisnahe „Gemeinschaftsjahr“ hat den Vorteil, dass hier noch mal gemeinsam mit den jungen Leuten versucht werden kann, ihre Stärken und Vorlieben auch im Hinblick auf die spätere Berufswahl zu entdecken und die Identifikation mit der Gesellschaft zu stärken.

⁷ LEBEN IN EUROPA ist die Bezeichnung der deutschen Befragung im Rahmen der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC)). S. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Metoden/EU_Silc.html

⁸ Beim Äquivalenzeinkommen werden alle Einkünfte eines Haushalts nach dem Alter gewichtet auf die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen verteilt. Damit wird eine Vergleichbarkeit zu Single-Haushalten hergestellt. Der Gewichtungsfaktor für den Haushaltsvorstand liegt bei 1,0, bei weiteren Erwachsenen und Kindern ab 14 bei 0,5 und bei Kindern unter 14 liegt bei 0,3. Siehe auch <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/glossar.html>.

⁹ https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebensbedingungenArmutsgefaehrdung/Tabellen/Einkommensverteilung_SILC

¹⁰ Gemeint ist hier das Netto-Einkommen, also ohne weiteren Abzug von Steuern und Abgaben. Sollte es z.B. aus systematischen Gründen nötig sein, das Grundeinkommen mit Abgaben wie z.B. Krankenversicherungsbeiträgen zu belegen, wären diese hinzu zu addieren.

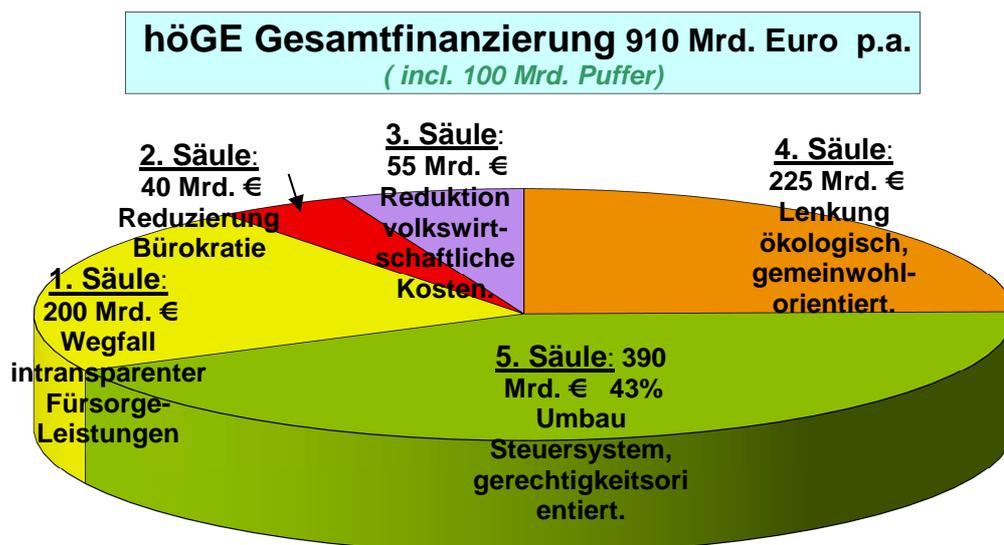
1.2 Zur Finanzierung

Wenn in Anlehnung an den Armutsbegriff für einen Erwachsenen mit einem Grundeinkommen von 1.000 € und für Minderjährige von – evtl. altersabhängig – ca. 500 € pro Monat kalkuliert wird, ergibt sich daraus eine jährliche Summe von rd. 810 Mrd. €¹¹.

Es ist aber nicht die gesamte Summe neu zu finanzieren. Rund ein Viertel davon, also etwa 200 Mrd. €¹² kommt schon aus Einsparungen nicht mehr benötigter steuerfinanzierter Fürsorgeleistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Kindergeld, Elterngeld usw. Weitere 40 Mrd. € ergeben sich aus der Reduzierung bzw. dem Abbau von Bürokratie- und Kontrollkosten. Hinzu kommen noch erhebliche Einsparungen volkswirtschaftlicher Kosten in einer Größenordnung von rd. 50 Mrd. € durch weniger stress- und armutsbedingte Gesundheitsausgaben, weniger Vandalismus und armutsbedingte Kriminalität und verstärkt mögliche Familienarbeit wie Pflege und Kindererziehung. Bislang hierfür nötige öffentliche Ausgaben könnten dadurch eingespart werden.

Der tatsächlich neu aufzubringende Finanzierungsanteil von rd. 520 Mrd. € kann sich aus zwei Säulen zusammensetzen: Neue ökologisch und gemeinwohlorientierte Steuern auf umweltschädigende Stoffe, Produktionen und Dienstleistungen, Transporte, Ressourcenverbräuche usw. und die konsequente Umsetzung des Verursacher-, Kosten- und Haftungsprinzips, analog der Forderung der Gemeinwohlökonomie nach Gegenfinanzierung des „ökologischen Fußabdrucks“. Die zweite Säule besteht aus einem auch gerechtigkeitsorientierten Umbau bzw. einer Optimierung des bestehenden Steuersystems. Mögliche Beispiele sind hier die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, der Wegfall des Splittingtarifs und der Grundfreibeträge (da durch das Grundeinkommen bereits abgesichert), die Erhöhung der Schenkung- und Erbschaftsteuer, die massive Eindämmung von Steuerhinterziehungsmöglichkeiten und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Allein der Schaden durch Steuerhinterziehung wird auf jährlich bis zu 100 Mrd. € geschätzt.

Zusammengefasst könnte ein Finanzierungsmodell etwa so aussehen¹³:



¹¹ Stand 2016

¹² Wenn im hier und im Folgenden konkrete Zahlen genannt werden, soll das nur einer groben Orientierung zur Veranschaulichung eines möglichen Finanzierungsmodells dienen und keinesfalls suggerieren, dass sich diese Zahlen auch nur annähernd exakt vorhersagen lassen.

¹³ Quelle: KAB und eigene Berechnungen des BAK

Wichtig ist, sich bei all diesen Gedankenspielen im Klaren zu sein, dass die Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens aufgrund der Wirtschaftskraft unseres Landes auf jeden Fall gegeben ist und die Ausgestaltung der Finanzierung letztlich in erster Linie eine Frage der Verteilung ist. Bevor man sich über diese Details – und mögen sie noch so wichtig sein - auseinandersetzt, muss also zuerst die grundsätzliche Entscheidung für die Einführung des Grundeinkommens stehen. Denn nur mit dem gemeinsamen Ziel im Blick ergibt das konstruktive Ringen um Lösungen überhaupt einen Sinn.

2. Zu den guten Gründen für die ÖDP

2.1 Der nötige Bewusstseinswandel

Bereits der erste Schritt, nämlich zu verstehen, dass das Grundeinkommen keine andere Sozialleistung, sondern ein Menschenrecht ist, wird unsere Sicht auf viele Aspekte des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens wesentlich verändern – vergleichbar damit, wie sich durch die Aufklärung die schicksalsergebene und obrigkeitshörige Lebenssicht dahin gewandelt hat, dass Demokratie und Menschenrechte möglich wurden. Der Herrschaft von Menschen über Menschen wird ein erhebliches Stück weit die Basis entzogen.

Unter anderem befreit das Grundeinkommen den Blick weit mehr als andere Maßnahmen von der Fixierung auf Geld und Besitz als Denkpriorität oder als Statussymbol.

Eine der beabsichtigten, wichtigen Folgen der mit einem Grundeinkommen verbundenen systemrelevanten Umsteuerung ist die Entschleunigung des Lebens und eine Abkehr von der bereits zu tief verinnerlichten Fokussierung auf „Leistung“ und „Effizienz“ sowie auf das Wachsen von Wirtschaftskraft und Konsum. Dagegen erweist sich unser jetziges System von Transferleistungen, als Almosen nach wiederkehrenden hochnotpeinlichen Befragungen gewährt, als Versuch, die Auswirkungen eines falschen Systems zu mildern, ohne das System selbst anzutasten. Auch die Forderung, die notwendigen Nachjustierungen des Grundeinkommens wie in früherer Zeit bei der Zuteilung der „Allmende“ auf direktdemokratischem Weg vorzunehmen und dafür einen bundesweiten Volksentscheid einzuführen, realisiert einen von der ÖDP seit langem geforderten politischen Kulturwandel, der heute in einer Zeit der betonierten Vorherrschaft von immer weniger unterscheidbaren politischen Parteien mehr als nötig ist.

2.2 Suffizienz

Wir leben auf unserem Planeten so, als ob wir noch einige davon in Reserve hätten. Das ist nicht nur katastrophal hinsichtlich des Aspekts „enkeltaugliche Lebensweise“, es ist auch zutiefst ungerecht, denn dass die industrialisierten Länder weit über ihrem Limit leben können¹⁴, liegt auch daran, dass viele ärmere, „unterentwickelte“ Länder weniger verbrauchen als ihnen zusteht. Das ist eine ökologisch und sozial explosive Situation, die sich nur durch mehr Genügsamkeit bzw., mit einem weniger belasteten Wort, durch mehr Suffizienz in erster Linie der „entwickelten“ Länder entschärfen lässt (welche Ironie: der schlimmste Raubbau wird mit fortgeschrittener Entwicklung, Genügsamkeit und Einklang mit den natürlichen Quellen mit Rückständigkeit assoziiert!).

Sollten wir nicht hoffen dürfen, dass das Mehr an gutem Leben, welches das Grundeinkommen er-

¹⁴ In Deutschland verbrauchen wir z.Zt. das 2,5-fache der Ressourcen, die uns jährlich nachwachsen, weltweit ist der „Earth Overshoot Day“, an dem die jährlichen Ressourcen aufgebraucht sind, von Ende Dezember im Jahr 1970 auf Anfang August im Jahr 2015 vorgerückt (siehe www.footprintnetwork.org).

möglichst - Entschleunigung, Selbstbestimmung, Gelassenheit, Wahlmöglichkeiten ohne Existenzdruck usw. - auch dem Suffizienzgedanken den Boden bereitet, so dass dieser Wurzeln schlagen kann, wo ohne das Grundeinkommen gar nicht daran zu denken wäre?

3. Wege zur Einführung des Grundeinkommens

Die Einführung eines Grundeinkommens stellt einen Meilenstein in der Entwicklung unserer Gesellschaft dar und kann einen tiefgreifenden Bewusstseinswandel des Menschen bewirken, in dem Arbeit, Geld und der soziale Zusammenhalt neu definiert werden. **Es könnte tatsächlich der größte kulturelle Entwicklungsschritt seit der Einführung der städtischen Zivilisation und der damit verbundenen geld- und schuldenbasierten Wirtschaftsform sein.** Damit diese Entwicklung möglichst reibungslos von statten gehen kann, sind sowohl einige flankierende Maßnahmen als auch ein wohl durchdachter Einführungs-Plan unerlässlich.

3.1 Notwendige Begleitmaßnahmen

Verbindliche rechtliche Verankerung

Ein Grundeinkommen muss absolut verbindlich und verlässlich sein, wenn es seine Wirkung auf lange Sicht voll entfalten soll; es darf nicht dem tagespolitischen Kalkül unterworfen sein. Das heißt konkret in Deutschland, dass der Rechtsanspruch darauf ins Grundgesetz aufgenommen werden muss. Ein Vorschlag dazu ist eine Einfügung als Art. 12(4) „Jeder hat das Recht auf ein bedingungslos gezahltes, steuer- und abgabenfreies Grundeinkommen. Ausnahmen sind mit Bezug auf das Grundgesetz zu rechtfertigen. Höhe und Verwaltung des Grundeinkommens werden fortlaufend gesetzlich per Volksentscheid geregelt.“

Ganzheitliches Bildungssystem

Das Grundeinkommen eröffnet den Menschen ungeahnte Freiheiten und Selbstbestimmung. Plötzlich erscheinen Lebens-, Wirtschafts- und Sozialmodelle denk- und machbar, von denen vorher nur Träumer sprachen. Unser Bildungssystem muss die Aufgabe übernehmen, die nachwachsenden Generationen zu eigenständigen und eigenverantwortlichen Individuen zu erziehen, die sich dessen bewusst sind, dass sie eingebunden sind in ein großes soziales und ökologisches Ganzes. Das Bildungssystem dahin zu entwickeln, ist ohnehin wichtig, im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen gerät es aber zur Notwendigkeit.

Aber nicht nur die Bildung der jungen Generation muss sich anpassen. Auch für Erwachsene wird es mehr und bessere Möglichkeiten der Bildung geben müssen, denen diese aufgrund ihrer neu gewonnenen Freiheit nachgehen können.

Beschäftigungsmöglichkeiten für alle

Allen, die mit der Sicherheit des Grundeinkommens keine Erwerbstätigkeit ausüben können (z.B. wegen gesundheitlichen Einschränkungen oder mangels geeigneter Arbeitsplätze) oder wollen, sind – auf freiwilliger Basis - sinnvolle und gemeinwohlorientierte Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten. Dadurch soll ihnen die Chance gegeben werden, ihren Tag sinnvoll zu gestalten und soziale Kontakte zu pflegen.

Ein flankierendes Einwanderungs- und Einbürgerungsgesetz

Wie weiter oben bereits ausgeführt bedarf es klarer Regeln, wann, wer und wie lange jemand in unserem Land Anspruch auf ein Grundeinkommen hat. Ein entsprechendes Einwanderungs- und Einbürgerungsgesetz kann hier im Hinblick auf Ein- und Zuwanderer wichtige Rahmenbedingungen schaffen.

3.2 Denkbare Übergangslösungen

Ein historisches Vorhaben wie die Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens für alle lässt sich nicht von heute auf morgen und möglicherweise auch nicht als Ganzes auf einmal einführen. Zu vielfältig sind die Auswirkungen, die letztlich zu einem gravierenden Umbau unseres Gemeinwesens führen werden. Es gibt verschiedene Überlegungen, wie sich dieser Wandel möglichst optimal gestalten lässt.

3.2.1 Aufbau eines Finanzierungspuffers

Der Start der Finanzierung des Grundeinkommens kann schon einige Zeit vor dessen Auszahlung liegen. Das hätte zum einen den Vorteil, dass Finanzierungsbausteine sukzessive eingeführt werden könnten, damit sich Wirtschaft und Gesellschaft darauf einstellen und bei Bedarf nachjustiert werden kann. Die eingenommenen Finanzmittel müssen natürlich zweckgebunden für die spätere Auszahlung des Grundeinkommens zurückgelegt werden. Bei konkreter Einführung werden nicht alle erwarteten Wirkungen sofort eintreten, z.B. der Abbau von Behörden, die Reduzierung von Gesundheitskosten usw. Die vorab angesparten Finanzmittel dienen dann zur finanziellen Überbrückung.

3.2.2 Zeitlich gestaffelte Einführung

Eine denkbare Lösung für einen sanften Übergang wäre auch, die Einführung des Grundeinkommens zeitlich zu staffeln. Parallel zur sukzessiven Erhebung der vorgesehenen neuen Öko-, Gerechtigkeits- und Gemeinwohl-Steuern könnten diese in gleichem Maß schrittweise als Teil-Grundeinkommen an die Bürger verteilt werden. Auf diese Weise könnte man sich über einen längeren Zeitraum von z.B. max. 5 Jahren, nach dem das volle Grundeinkommen dann erreicht sein sollte, immer mehr an das Grundeinkommen und dessen Finanzierung gewöhnen. Abrupte Störungen im Finanz- und Wirtschaftskreislauf könnten so weitgehend vermieden werden.

3.2.3 Einführung nach Bevölkerungsgruppen

Schließlich besteht die Möglichkeit, für eine definierte Übergangszeit bestimmte Teile der Bevölkerung mit einem Grundeinkommen zu versorgen. Zu denken wäre hier primär an zwei Gruppen, nämlich an Kinder und Rentner (inclusive Erwerbsunfähige und Pflegebedürftige). Beide Gruppen haben gemeinsam, dass man von ihnen ohnedies keine Leistung im Sinne von Erwerbstätigkeit fordert¹⁵. Bei beiden Gruppen ist das Armutsrisiko besonders ausgeprägt. Bei den Rentnern wäre es zudem möglich, in der Anfangsphase einen Teil ihrer bestehenden Alterseinkünfte auf das „Grundeinkommen“ anzurechnen¹⁶, auch wenn dadurch eines der Grundprinzipien des Grundeinkommens - „ohne Bedürftigkeitsprüfung“ – zunächst noch nicht gänzlich zum Tragen kommt. Der anzurechnende Teil müsste dann im Laufe eines längeren Zeitraums automatisch abgeschmolzen werden, um letztlich wieder beim Grundeinkommen für alle anzukommen.¹⁷ Der Charme dieser Lösung liegt darin, dass

¹⁵ Siehe Bundespolitisches Programm der ÖDP Stand 9./10.4.2016 Zeile 533: „Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist ausschließlich bei Kindern gerechtfertigt, da von ihnen keine erwerbsbezogene Arbeitsleistung erwartet werden kann ...“. Es ist davon auszugehen, dass das Gleiche auch für Rentner, Erwerbsunfähige und Pflegebedürftige gilt.

¹⁶ Beispiel: Rentner erhält 1.000 € Altersrente, wovon übergangsweise 50 %, also 500 €, auf das Grundeinkommen anzurechnen wären. Statt der normalen 1.000 € Grundeinkommen erhält er also nur 500 € ergänzend zu seiner Rente von 1.000 €. Bei Einkünften ab 2.000 € monatlich würde in diesem Fall kein „Grundeinkommen“ mehr gezahlt.

¹⁷ Langfristig macht ein Grundeinkommen das derzeitige marode umlagefinanzierte Rentensystem weitgehend überflüssig.

hier das Gerechtigkeitsempfinden vieler am wenigsten gestört wird, der finanzielle Aufwand wesentlich überschaubarer ist und erst mal die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen für einige Zeit studiert werden können, bevor man die nächsten Schritte macht. Das Risiko besteht freilich, dass es bei diesem ersten Schritt bleibt und die Gesellschaft nicht mehr den Mut und die Kraft aufbringt, auch die nächsten Schritte im Sinne einer notwendigen und umfassenden sozialen und ökologischen Reform zu gehen.

4. Fazit und Ausblick

Die aufgezeigten Ideen, Argumente und Vorschläge verdeutlichen anschaulich, dass die Einführung eines humanökologisch orientierten Grundeinkommens die richtige Lösung für die ökologischen, gesellschaftspolitischen und ökonomischen Probleme unserer Zeit ist. Das humanökologisch orientierte Grundeinkommen ist der große politische Entwurf, Zukunft zu gestalten.

Die Frage muss also nicht mehr lauten: „Ist es möglich?“, sondern: „Wie und wann setzen wir es um?“

Nichts ist so kraftvoll wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist!

Victor Hugo

Literaturhinweise und Links

Enzyklika LAUDATO SI (Papst Franziskus) – über die Sorge für das gemeinsame Haus (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr.202 – Mai 2015)

Franz Alt: Was Jesus wirklich gesagt hat – (Verlag: Gütersloher Verlagshaus 2015)

Ulrich Schachtschneider: Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit (Verlag: oekom 2014)

D. Häni / Philip Kovce: Was fehlt, wenn alles da ist (Verlag: orell füssli 2015)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Sozialhilfe u. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Bonn, August 2014)

Christoph Butterwegge: Hartz IV und die Folgen (Verlag: Beltz Juventa 2015)

Helmut Pelzer: Das bedingungslose Grundeinkommen (Verlag: Lucius u. Lucius 2010)

Ina Praetorius: Wirtschaft ist Care, Band 16 (Heinrich-Böll-Stiftung 2015)

Niko Paech: Befreiung vom Überfluss (Verlag: oekom 2014)

Peter Hiltner/Ched Myers: Genug für alle (Selbstverlag Dr. Peter Hiltner 2015)

ÖP Nr. 169: Kurt Rieder: Raus aus dem Hamsterrad

ÖP Nr. 170: Kurt Rieder: Pro Monat 1.000 €

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Zusätzliche Altersvorsorge (Bonn 2014)

Franz Segbers: Wie Armut in Deutschland die Menschenrechte verletzt (Publik-Forum-Verlag 2016)

Darüber hinaus sind mehr als 100 Forschungsergebnisse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg für die aktuelle Sachstandsanalyse der letzten Jahre als wissenschaftliches Informationsmaterial bei Interesse zu beziehen über: www.iab.de

www.grundeinkommen.de

www.archiv-grundeinkommen.de

www.woche-des-grundeinkommens.de

www.basicincome.org/bien

www.ubie.de